



NEWSLETTER 09/2019

FORUM | MIGRATION






Foto: © Gina Sanders — stock.adobe.com

Geflüchtete finden schneller Jobs

Die ab 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge finden schneller Arbeit als Experten erwartet hatten. Nach einer neuen Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sollen im Herbst 2019 etwa 40 Prozent der Flüchtlinge in erwerbsfähigem Alter einer Beschäftigung nachgehen. Darüber berichtet zuerst das RedaktionsNetzwerk Deutschland. Dieser Wert war bei früheren Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland erst etwa ein Jahr später erreicht worden.

Nach Angaben des IAB-Forschers Herbert Brücker sind derzeit ungefähr 36 Prozent der Flüchtlinge zwischen 15 und 64 Jahren in Arbeit, das sind etwa 380.000 bis 400.000 Beschäftigte. Brücker sagte, er sei mit der Integration der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt insgesamt „recht zufrieden“. Die Startvoraussetzungen nach dem Eintreffen besonders vieler Flüchtlinge im Jahr 2015 seien „besonders schwierig“ gewesen. Das von vielen Neuankömmlingen gesprochene Arabisch sei von der deutschen Sprache „viel weiter weg“ als etwa die Sprachen der Balkanregion, aus der in den 90er-Jahren viele Menschen nach Deutschland gekommen waren. Allerdings verdienen die Vollzeit-Beschäftigten aus den wichtigsten Asylherkunftsländern im Schnitt etwa 43 Prozent weniger als der Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten in Vollzeit. Fast die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Geflüchteten arbeitet als Helfer_in – in der Gesamtbevölkerung sind es nur 15 Prozent. Vier von fünf hoch qualifizierten Geflüchteten arbeiten unter ihrem Qualifikationsniveau. DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, Migranten und Geflüchtete seien auf dem Arbeitsmarkt hohen Risiken ausgesetzt. „Geringe Bezahlung, eine Beschäftigung unterhalb ihrer Qualifikation, immer wieder drohende Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Diskriminierung sind für sie Alltag.“ Selbst um ihre niedrigen Löhne würden sie „teilweise noch betrogen“. Das habe Erwerbs- und Altersarmut und mangelnde soziale Teilhabe zur Folge. „Viele müssen auch aufstocken, um über die Runden zu kommen – das wirkt sich negativ auf die Integration und den sozialen Zusammenhalt aus“, so Buntenbach.

schäftigten aus den wichtigsten Asylherkunftsländern im Schnitt etwa 43 Prozent weniger als der Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten in Vollzeit. Fast die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Geflüchteten arbeitet als Helfer_in – in der Gesamtbevölkerung sind es nur 15 Prozent. Vier von fünf hoch qualifizierten Geflüchteten arbeiten unter ihrem Qualifikationsniveau. DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, Migranten und Geflüchtete seien auf dem Arbeitsmarkt hohen Risiken ausgesetzt. „Geringe Bezahlung, eine Beschäftigung unterhalb ihrer Qualifikation, immer wieder drohende Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Diskriminierung sind für sie Alltag.“ Selbst um ihre niedrigen Löhne würden sie „teilweise noch betrogen“. Das habe Erwerbs- und Altersarmut und mangelnde soziale Teilhabe zur Folge. „Viele müssen auch aufstocken, um über die Runden zu kommen – das wirkt sich negativ auf die Integration und den sozialen Zusammenhalt aus“, so Buntenbach.

-  Aktuelles DGB Papier zu Geflüchteten: <https://bit.ly/2ZqfmEK>
-  Aktualisierte DGB Info-Broschüre „Wissen ist Schutz ...“: <https://bit.ly/2NmWosl>
-  Freitag-Blogbeitrag „Keine Konkurrenz durch Flüchtlinge“: <https://bit.ly/2MylogG>

INHALT 09/2019

Geflüchtete finden schneller Jobs	1
Anerkennungs-News	2
Eine Frau mit vielen Botschaften	2
Empörung über Schalke-Präsident Tönies	3
GEW: Spätere Einschulung „populistischer Unsinn“	3
Aus der Türkei und Iran flieht die Bildungselite	3
News + Termine	4
Politische Bildung: Keine Neutralität gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen – Kommentar von Hendrik Cremer, Deutsches Institut für Menschenrechte	5



Anerkennungs-News

Südosteuropa: Hunderttausende ziehen weg

Die Auswanderung junger Menschen aus Südosteuropa wird für die Länder der Region zunehmend zum Problem. Nach einer Übersicht der dpa leben derzeit mehr als zwei Millionen Rumän_innen im Ausland, das sind etwa 10 % der Bevölkerung. Die meisten sind nach Spanien oder Italien gegangen. Aus Kroatien wanderten zwischen 2013 und 2016 insgesamt 230.000 Menschen aus, das Land verlor etwa 6 % seiner Bevölkerung. Serbien schließlich haben seit dem Jahr 2000 rund 650.000 Menschen verlassen, rund neun Prozent. Über 700.000 Bulgar_innen leben in anderen EU-Staaten – ebenfalls rund 10 %. „Die Wirtschaft beginnt, Verträge und neue Aufträge abzusagen, da es an Arbeitskräften fehlt“, so Wirtschaftsminister Emil Karanikolow.

Pflege: Abkommen mit Kosovo und Philippinen

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat im Kosovo eine Vereinbarung zur Anwerbung von Pflegekräften unterzeichnet. Beide Länder wollen künftig bei der Mitarbeiterqualifikation und beim „Gesundheitsmanagement“ Personal austauschen. Soll heißen: Deutschland wirbt kosovarische Pflegekräfte an. Die Kooperation diene als „Blaupause“ für ähnliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Kurz darauf reiste Spahns Staatssekretärin Sabine Weiss (CDU) auf die Philippinen, um auch dort die Anwerbung von Pflegekräften voranzutreiben. Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus (CDU) forderte, schneller Visa für einwanderungswillige Pflegekräfte zu erteilen. Es sei „unerträglich, dass man innerhalb der deutschen Botschaften nicht alles daran setzt, die Visa zu beschleunigen“, sagte Westerfellhaus dem ZDF. Das Außenministerium solle prüfen, ob die Visumsvergabe nicht aus den Botschaften nach Deutschland verlagert werden könnte. Westerfellhaus räumte ein, dass die Pflegekräfte womöglich im Kosovo fehlen, – diese könnten in Deutschland aber „womöglich Qualifikationen für die Zukunft des Kosovo“ gewinnen.

Anerkennung: Zahlen erneut gestiegen

In Deutschland sind 2018 rund 20 % mehr Berufsabschlüsse aus dem Ausland anerkannt worden als im Jahr zuvor. Demnach wurden 36.400 im Ausland erworbene Abschlüsse „als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation“ anerkannt. Die meisten Anerkennungen bezogen sich erneut auf Gesundheitsberufe, diese machten etwa 61 % aller Fälle aus. Mit 4.800 Berufsabschlüssen wurden die meisten der anerkannten Qualifikationen in Syrien erworben. Insgesamt bearbeiteten die für die Anerkennung zuständigen Stellen im Jahr 2018 rund 50.500 Anerkennungsverfahren. Demzufolge wurden gut 72 % der Anträge im vergangenen Jahr angenommen.



Foto: © offenblau.de

Eine Frau mit vielen Botschaften

Über sie selber redet Charlotte Johnson nicht so gern. „Was tut das denn zur Sache?“, fragt sie, wenn man mehr über sie erfahren will. Viel lieber will sie von ihrer Arbeit als Gewerkschafterin erzählen und ihren 17 Ehrenämtern, wie sie nach kurzem Nachdenken ausrechnet. Die Vita der Tochter eines afro-amerikanischen GIs und einer Nürnbergerin ist ein beeindruckendes Zeugnis fast lebenslangen Engagements.

Ihr Vater kam in den 1960er-Jahren nach Deutschland, Johnson, die sich „fränkische Amerikanerin mit Nürnberger Dialekt“ nennt, besuchte in Nürnberg die Schule, im Juni 1986 begann sie ihre Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau. In die Gewerkschaft HBV mochte sie zu Beginn nicht eintreten, „sie wissen ja wie das ist bei jungen Leuten, wenn immer Geld fehlt“. Schon nach wenigen Monaten aber überlegte sie es sich anders, wurde Mitglied – und blieb als Gewerkschafterin aktiv. Sie wurde später Betriebsrätin bei Quelle, bis das Unternehmen 2008 erst den Standort Nürnberg betriebsbedingt schloss, um in Berlin und Leipzig neue Beschäftigte einzustellen, die „nicht mal die Hälfte verdienten wie wir“, sagt Johnson. Es nützte nichts: Kurz darauf war Quelle pleite. „Ich war noch bei den Glücklichen mit Abfindung“, sagt Johnson über diese Zeit. Danach wechselte sie zur Bundesagentur für Arbeit und wurde auch dort Personalrätin und Vertrauensfrau für ver.di.

Vor allem aber ist Johnson gewerkschaftlich in Sachen Migration aktiv. „Ich hab ja selber auch Migrationshintergrund“, sagt sie. Aber andere, die hätten „mehr Probleme, arbeitsrechtlich und gesellschaftspolitisch“. Solche, die nicht wie sie zweisprachig aufgewachsen und in Deutschland zur Schule gegangen seien. Und das betreffe keineswegs nur Flüchtlinge. „Nein“, sagt sie, wenn man sie auf diese anspricht, „ich will nicht nur über

Flüchtlinge reden, das Thema betrifft viel mehr Menschen, nämlich um alle Migranten.“

Und deshalb ist sie viel unterwegs, es wäre wahrscheinlich leichter aufzuzählen, wo Johnson sich nicht engagiert. Sie ist aktiv im Migrantinnen Netzwerk Bayern und dem Netzwerk rassismusfreies Bayern und zu den 17 Gewerkschafts-Ehrenämtern gehören die als Mitglied im ver.di-Bundesmigrationsausschusses, Vorsitzende des Landesmigrationsausschusses Bayern und des Migrationsausschusses Mittelfranken.

Der ist gewissermaßen ihre politische Basis. Kolleg_innen aus mehr als einem Dutzend Ländern sind dort organisiert. Um die geht es Johnson, diese sollten stärker in den Gewerkschaften vertreten sein, findet sie. Menschen mit Migrationsgeschichte machten mehr als ein Fünftel der ver.di-Mitglieder aus. „Diese Stimme muss auch Gehör finden.“ Denn wer selbst eine Migrationsgeschichte habe, könne auch ganz anders nachempfinden, was migrantische Kolleg_innen umtreibe. Zum Beispiel der Rassismus in der Arbeitswelt. Johnson hält darüber Vorträge und berichtet davon, welche Diskriminierungen Migrant_innen und schwarze Menschen erfahren.

Es ist kein Wunder, dass es für eine derartig bewegte Person nicht leicht ist, zu sagen, was unter all den Themen das wichtigste Anliegen ist. Johnson schickt ein mehrseitiges Dokument, gespickt mit Forderungen und Statements, alle richtig, alle dringlich – vom Wahlrecht über Qualifizierung und gleichberechtigte Teilhabe bis hin zum allfälligen Respekt. Schließlich schlägt sie doch einen Satz vor: „Von prekärer Beschäftigung sind Frauen und Migrant_innen besonders häufig betroffen – von der politischen Teilhabe sind sie weit gehend ausgeschlossen.“ Nein, sagt sie dann gleich, das sei doch zu kurz, da fehle noch so viel, „sorgen Sie für mehr Platz, denn Migrant_innen haben so viel zu sagen“.



Empörung über Schalke-Präsident Tönnies

Der westfälische Fleischfabrikant und Präsident des Fußballclubs FC Schalke 04, Clemens Tönnies, hat mit rassistischen Äußerungen viele Menschen empört. Grund zur Kritik geben auch Tönnies Geschäftspraktiken. Sein auf etwa 1,4 Milliarden Euro geschätztes Privatvermögen hat er auch mit der Ausbeutung migrantischer Arbeiter_innen verdient.

Als Festredner beim „Tag des Handwerks“ in Paderborn hatte Tönnies im Juli Steuererhöhungen im Kampf gegen den Klimawandel kritisiert. Stattdessen solle man lieber jährlich 20 Kraftwerke in Afrika finanzieren, so Tönnies. „Dann hören die auf, die Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn's dunkel ist, wenn wir die nämlich elektrifizieren, Kinder zu produzieren.“ Für seine Aussagen hatte er sich später entschuldigt und sie selbst als „töricht“ bezeichnet. Sein Amt als Aufsichtsratschef lässt er für drei Monate ruhen.

Der schwarze Ex-Schalke-Profispieler Hans Sarpei hatte Tönnies als einer der ersten kritisiert: „Die Aussagen von Tönnies zeigen ein Weltbild, das an die Kolonialzeit erinnert“, so Sarpei. Nach Tönnies Entschuldigung schrieb Sarpei: „Er hat sich bei allen entschuldigt, nur nicht bei denen, die er rassistisch verurteilt hat. Genau das ist die Mechanik, mit der sonst nur die AfD agiert.“ Der Aktivist Ali Can (Fo-

rum Migration 12/18) schrieb, sein Vater habe sieben Jahre in Tönnies Firma gearbeitet, für knapp 7 Euro die Stunde, durchschnittlich 13 Stunden am Tag, wie viele Flüchtlinge und Migranten auch. Es sei „wie in einem schlechten Film“, gewesen, mit „ganzen Abteilungen mit diversen Nationalitäten: die Türken, Polen, Rumänen usw. – die Firma lebt von Migration, noch heute“.

Der Seelsorger Peter Kossen (Forum Migration 10/18) hatte Tönnies im Herbst 2018 vorgeworfen, seine Arbeiter_innen wie „Wegwerfmenschen“ zu behandeln. Diese würden „benutzt, verbraucht, verschlissen und dann entsorgt“. Was die Arbeitsmigranten aus Rumänien, Bulgarien und Polen berichteten, mache „fassungslos“, so Kossen. Armin Wiese, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Ostwestfalen-Lippe, wies im Regionalfernsehen darauf hin, dass Arbeiter_innen in Tönnies Fleischfabriken teils für ein Bett in einem Zwei- bis Vierbettzimmer 250 bis 270 Euro vom Lohn abgezogen werde. Er wolle nicht von „Sklavenarbeit“ sprechen, die Zustände in den Subunternehmen rund um Tönnies Fleischfabriken seien aber sehr wohl „Ausbeutung“, so Wiese. Menschen würden für sehr viel Geld nach Deutschland vermittelt. Um überhaupt einen Arbeitsvertrag zu bekommen, müssten Fleischzerleger in der Heimat bereits zahlen – Vermittlungsgebühren und Transport würden in

Rechnung gestellt. Wiese: „Da verdienen eine Menge Leute an der Armut der Menschen in Osteuropa.“ Tönnies weigere sich „seit Jahrzehnten, mit uns als Gewerkschaft auch nur zu reden über Tarifverträge“.

Das DGB Projekt Faire Mobilität hat seit einiger Zeit die Beratung von Werkvertragsbeschäftigten in der Fleischindustrie intensiviert und am Tönnies Stammsitz Rheda-Wiedenbrück ein Beratungsbüro eröffnet, das auch von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) genutzt wird.


 Schwerpunktseite Fleischindustrie Projekt Faire Mobilität:
<https://bit.ly/33RvHBN>



Foto: © davit85 – stock.adobe.com

GEW: Spätere Einschulung „populistischer Unsinn“

Kinder, die kaum Deutsch sprechen und verstehen, hätten „auf einer Grundschule noch nichts zu suchen“ – das hatte der CDU-Politiker Carsten Linnemann gesagt und gefordert, in solchen Fällen eine Vorschulpflicht einzuführen und die Einschulung zurückzustellen. Die GEW kritisiert das scharf: Dies sei „reiner Populismus und pädagogisch nicht sinnvoll“, sagt die GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann. Sie forderte integrative Konzepte zur Sprachbildung.

Natürlich sei es ein Problem, wenn Kinder in der Grundschule säßen, die dem Unterricht nicht folgen könnten. Doch Linnemanns Vorstoß komme einem Ausschluss der betroffenen Kinder gleich, sagte Hoffmann der Nachrichtenagentur AFP. Kinder lernten insbesondere von anderen Mädchen und Jungen. „Gerade kleine Kinder lernen im Spiel mehr als im klassischen Deutschkurs“, sagte Hoffmann. Die GEW sprach sich für ein „Screening“ des Sprachstands in der Kita aus. Dies müsse mit frühzeitiger Sprachbil-

dung und integrativen Konzepten einhergehen. Dazu müsse auch der Fachkräftemangel in Grundschulen und Kitas behoben werden, so Hoffmann. Es sei sinnlos, das Problem auf die Kita zu verlagern, wenn dort die Personalsituation äußerst angespannt ist. Lehrkräfte bräuchten mehr Zeit für Sprachbildung, die Unterrichtsgruppen müssten kleiner sein. Für Kinder mit Sprachproblemen müsse es ganzheitliche Konzepte geben, ohne dass diese generell aus einer Gruppe ausgeschlossen würden.

Aus der Türkei und Iran flieht die Bildungselite

Höchste besuchte Bildungseinrichtung der volljährigen Asylersuchenden im Jahr 2018 (in Prozent)

	Anzahl	Hochschule	Gymnasium	Mittelschule	Grundschule	keine Schulbildung
Alle Länder	65.762	22,9	20,3	29,4	17,3	10,2
Syrien	9.419	17,0	21,8	34,0	19,8	7,5
Iran	7.628	47,5	39,5	9,5	3,0	1,0
Irak	5.757	14,2	13,8	26,8	25,2	20,0
Türkei	6.393	59,3	14,5	16,3	7,7	3,2
Nigeria	5.014	6,4	14,3	29,8	36,0	13,5
Afghanistan	3.331	11,8	19,1	20,6	22,8	25,7

 Quelle: BIBE-Studie <https://bit.ly/2GsiXaA>



News + Termine

Großbrazzia gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung

Fast 2.000 Beamte haben Ende August mehr als 80 Baustellen, Büros, Geschäftsräume, Wohnungen und Sammelunterkünfte durchsucht. Das Hauptzollamt Berlin suchte nach Beweisen für das Einschleusen von Ausländer_innen und der Ausbeutung der Arbeitskraft. Daneben sollen die Vorschriften zum Mindestlohn nicht eingehalten worden sein. Der Verdacht richtete sich gegen ein Bauunternehmen. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßte die Durchsuchungen. „Das muss Schule machen“, erklärte der Bundesvorsitzende Robert Feiger. Nur durch ständige Kontrollen könne in der Baubranche illegale Beschäftigung wirksam bekämpft werden. Die Ankündigung von Finanzminister Olaf Scholz (SPD), die Finanzkontrolleure gegen Schwarzarbeit auf mehr als 10.000 Beamte aufzustocken, müsse rasch realisiert werden.

Erste Jesid_innen kommen nach Brandenburg

Fünf Jahre nach dem Feldzug des IS gegen Jesid_innen im Nordirak hat Brandenburg Mitte August die ersten acht Jesid_innen aus dem Irak über ein Landesprogramm aufgenommen. Insgesamt hätten 71 Jesid_innen Aufnahmebescheide bekommen – die meisten davon seien Frauen und Kinder. Sie sollten in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden. Dschihadisten hatten im August 2014 bei ihrem Feldzug im Nordirak mehr als 10.000 Jesid_innen im Sindschar-Gebirge eingekesselt. Tausende Frauen und Kinder der religiösen Minderheit wurden gefangengenommen und versklavt, Tausende Männer getötet.

Italien: Papierlose Afrikaner zeigen ausbeuterischen Arbeitgeber an und dürfen bleiben

14 Landarbeiter haben in Norditalien einen Marokkaner angezeigt, der sie an Bauernfamilien vermittelt hatte. Das berichtet die Agentur ANSA. Die Männer waren monatelang gezwungen worden, bis zu 14 Stunden pro Tag auf Getreidefeldern zu arbeiten, ihre Ersparnisse wurden gestohlen, ihr Lohn nicht ausgezahlt. Der Marokkaner wurde zur Fahndung ausgeschrieben. Das Polizeikommissariat Padua erteilte ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung für „Sonderfälle“, zur Aufklärung der Vorfälle. Die Arbeiter aus Kamerun, der Elfenbeinküste, Gambia, Guinea, Mali und Nigeria können nun vorerst in Italien bleiben und legal arbeiten.

Wissenschaftlerin: Schulen müssen sich stärker auf migrantische Schüler_innen einstellen

Die Schulen in Deutschland müssen sich nach Auffassung der Bremer Erziehungswissenschaftlerin Yasemin Karakasoglu noch viel mehr als bisher auf Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln vorbereiten. „Es geht um ein Umdenken an den

Schulen“, sagte Karakasoglu, die an der Universität Bremen den Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung leitet. Zum Umdenken gehöre eine Haltung, die Vielfalt an den Schulen als Normalität begreife, betonte die Expertin. So dürften Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nicht als Problem wahrgenommen werden, sondern als Individuen mit Stärken und Potenzialen. Überdies komme das Thema migrationssensible Schule schon in der Ausbildung der Lehrkräfte zu kurz. „Alle Fachlehrer müssten vertraut sein mit der Vermittlung von Inhalten unter der Bedingung von Deutsch als Fremdsprache.“

Interkulturelle Woche startet am 22. September

Die bundesweite Interkulturelle Woche der Kirchen wird in diesem Jahr am 22. September in Halle eröffnet. Unter dem Motto „Zusammen leben, zusammen wachsen“ finden bis zum 29. September rund 5.000 Veranstaltungen in über 500 Städten und Gemeinden statt. Die Interkulturelle Woche setze „gerade in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus ein Zeichen für ein solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander“, so der Ökumenische Vorbereitungsausschuss. Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Integrationsbeiräte und Migrantenorganisationen beteiligen sich je nach Ort. Der „Tag des Flüchtlings“ am 27. September ist Teil der Woche.

 www.interkulturellewoche.de

Termine

MENTO-Modul Nachhaltigkeit. Grundbildung in den Betrieb einbringen und verstetigen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

06. bis 07. September 2019

Veranstaltungsort: Bildungszentrum Oberjosbach

Nordrhein-Westfalen

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Berlin-Brandenburg und Sachsen

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: Berlin

Baden-Württemberg und Bayern

11. bis 12. Oktober 2019

Veranstaltungsort: Bad Herrenalb

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten – gesundheitliche Grundbildung NRW

07. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Baden-Württemberg und Bayern

19. Oktober 2019

Veranstaltungsort: IG Metall Ulm

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

09. November 2019

Veranstaltungsort:

Arbeit und Leben gGmbH (Mainz)

Tagung: Fachkräfteeinwanderung – Was bedeutet das für die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb?

19. September 2019

Veranstaltungsort:

DGB Bildungswerk Bund, Düsseldorf

MENTO-Modul Nachhaltigkeit. Grundbildung in den Betrieb einbringen und verstetigen NRW

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

MENTO-Modul Netzwerkbildung. Kreativ und effektiv netzwerken Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

28. September 2019

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Besenbinderhof Hamburg

MENTO-Modul Lernen. Lernprozesse begleiten und verstehen NRW

22. Oktober 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale_r Ansprechpartner_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden Sachsen und Berlin-Brandenburg

24. bis 26. Oktober 2019

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern e.V.

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern

26. bis 28. November

Veranstaltungsort: Bremen

Anerkennungskultur in Service – Transport – Logistik


07. November 2019

Veranstaltungsort: DGB Haus Köln

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten – gesundheitliche Grundbildung

09. November 2019

Veranstaltungsort: Arbeit und Leben gGmbH Mainz

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



Politische Bildung: Keine Neutralität gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen



© Foto: Deutsches Institut für Menschenrechte

Kommentar von Hendrik Cremer, Deutsches Institut für Menschenrechte

Rassistische und rechtsextreme Positionen haben im öffentlichen und politischen Raum deutlich zugenommen. Lehrkräfte und andere Bildungsakteure, die in der Schule und in der außerschulischen Bildung entsprechende Positionen politischer Parteien behandeln und kritisch thematisieren, berichten über zunehmenden Druck. Beispielsweise werden Schüler_innen und Eltern aufgerufen, auf Meldeportalen Lehrkräfte zu melden, die gegen das staatliche Neutralitätsgebot verstoßen. Aus der AfD werden Dienstaufsichtsbeschwerden bei Schulbehörden erhoben, um nach eigener Darstellung das Neutralitätsgebot durchzusetzen. Im Bereich der außerschulischen Bildung stellt die AfD die Programme zur Demokratieförderung, die durch die Bundesregierung und Landesregierungen gefördert werden, infrage und setzt dabei Akteure unter Druck, die sich kritisch mit Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Diese Entwicklungen haben auch vermehrt rechtliche Fragen aufgeworfen. So stellt sich die Frage, ob es mit dem Neutralitätsgebot und dem Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb (Art. 21 GG) vereinbar ist, wenn Lehrkräfte oder Akteure der außerschulischen Bildung rassistische und rechtsextreme Positionen einer Partei thematisieren.

Die Antwort auf diese Frage findet sich in den Grund- und Menschenrechten als zentraler Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des

Grundgesetzes. Diese und die ihnen zu Grunde liegenden Werte gehören zu den Grundlagen für politische Bildung. Dies betonen auch die Schulgesetze der Länder und die Kultusministerkonferenz; menschenrechtliche Verträge verpflichten den Staat außerdem explizit zu schulischer und außerschulischer Menschenrechtsbildung.

Gegenwärtige Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtsextremismus und die damit verbundenen Gefahren für den gesellschaftlichen Frieden kritisch zu thematisieren, ist ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrags. Daher sind auch rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien in der schulischen und außerschulischen Bildung kritisch zu thematisieren. Das parteipolitische Neutralitätsgebot des Staates und das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb (Art. 21 GG) stehen dem nicht entgegen, solange das Gebot der Sachlichkeit eingehalten wird. Wesentlich ist, dass die Positionen von Parteien sachlich zutreffend wiedergegeben werden und auch deren Behandlung sachlich erfolgt.

Das Phänomen des Rassismus in Deutschland kann dabei allerdings nicht allein auf Parteien wie die NPD oder AfD reduziert werden. Immer wieder lässt sich auch in der öffentlichen Debatte beobachten, dass sich Aussagen mit in rassistischer Weise ausgrenzenden oder stigmatisierenden Inhalten bei sämtlichen Parteien finden. Ein prominentes und zugleich besonders deutliches Beispiel bilden rassistische Aussagen des SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin, dessen 2010

von einem renommierten Verlag herausgegebenes Buch „Deutschland schafft sich ab“ sogar zum Bestseller wurde. Klarstellend sei daher angemerkt, dass in der politischen Bildung Aussagen von Politiker_innen sämtlicher Parteien oder etwa herausragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgegriffen und thematisiert werden können.

Genauso klar sollte allerdings auch sein, warum die AfD in der politischen Bildung im Themenfeld Rassismus und Rechtsextremismus zwingend zu thematisieren ist. Es gibt hier einen kategorialen Unterschied zwischen der AfD und anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien. In der AfD sind rassistische Positionierungen Bestandteil ihres Programms, ihrer Strategie und der Äußerungen von Führungspersonen und Mandatsträger_innen. Solche rassistischen Positionen stellen den Grundsatz der allen Menschen gleichermaßen zustehenden Menschenwürde und den damit einhergehenden Grundsatz der Rechtsgleichheit in Frage. Hierbei handelt es sich um nicht verhandelbare Grundsätze des Grundgesetzes.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

